

Antrag

der Abgeordneten Erika Reinhardt, Dr. Norbert Blüm, Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Peter Weiß (Emmendingen), Dr. Christian Ruck, Marlies Pretzlaff, Dr. Manfred Lischewski, Rudolf Kraus, Hermann Gröhe, Norbert Geis, Dr. Heiner Geißler, Monika Brudlewsky, Dr. Christian Schwarz-Schilling und der Fraktion der CDU/CSU

Gegen den Mißbrauch von Kindern als Soldaten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In kriegesischen Auseinandersetzungen werden zunehmend mehr Kinder als Soldaten eingesetzt. Dies hat im wesentlichen zwei Gründe: Zum einen gibt es eine wachsende Zahl innerstaatlicher Kriege, in denen Konflikte gewalt-sam ausgetragen werden und zwischen Armee und Zivilbevölkerung nicht mehr unterschieden wird. Die Regeln der Kriegsführung, die für die von Berufsarmeen geführten Kriege zwischen Staaten galten, werden von bewaff-neten Gruppen, die innerhalb bestehender Staatsgrenzen kämpfen, nicht be-achtet. Im vergangenen Jahrzehnt starben 2 Millionen Kinder bei bewaffneten Konflikten, etwa 6 Millionen wurden verwundet oder ver-stümmelt. Fast 90% der Kriegstoten der 90er Jahre waren Zivilisten, in der Hauptsache Frauen und Kinder. Der Einsatz von Kindern als Soldaten wur-de auch durch die Verbreitung von billigen und leichten Schnellfeuerwaf-fen möglich gemacht, die auch Kinder ohne große Schwierigkeiten hand-haben können.

Nach dem Bericht des VN-Sonderberichterstatters Olava Otunnu stehen bis zu 300000 Jungen und Mädchen unter 18 Jahren weltweit aktiv als Solda-ten im Dienst von Regierungsarmeen oder Rebellenverbänden. In minde-stens 25 Konfliktgebieten werden Kinder ab 7 Jahren als Soldaten einge-setzt. Sie werden für Minenräumung, Spionage und Selbstmordanschläge benutzt.

Die speziellen Eigenschaften der Kinder werden gezielt ausgenutzt: Kinder sind leichter zu manipulieren und zu kontrollieren als Erwachsene, sie sind billiger in Sold und Verpflegung und ihre Unerfahrenheit im Umgang mit der Gefahr schafft Raum für effektive Selbstmordkommandos. Die Rekrui-tierung der Kinder erfolgt sehr oft durch Zwang. Häufig werden sie entführt. Durch die Verabreichung von Drogen werden Kinder dazu gebracht, ihre El-tern und Geschwister zu töten, um sie gefügig zu machen. Weit verbreitet

ist die Verabreichung von Amphetaminen oder Beruhigungsmitteln an Kindersoldaten, um ihren Mut zu steigern und sie gegen Schmerzen unempfindlich zu machen. Während Jungen anfänglich als Kuriere oder Wachpersonal eingesetzt werden und später an der Front kämpfen müssen, müssen Mädchen kochen, Verwundete versorgen und sexuell verfügbar sein. So werden z. B. in Uganda junge Mädchen von bewaffneten Gruppen entführt und dann Soldaten als „Ehefrauen“ zugeteilt.

Kinder sind die Zukunft der menschlichen Zivilisation. Sie dürfen nicht als Schachfiguren in einem Krieg – weder als Opfer noch als Täter – mißbraucht werden.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. die Lage von Kindern in ihren bilateralen Kontakten und Konsultationen zur Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen und darauf zu achten, daß Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe nicht gleichzeitig den Einsatz von Kindersoldaten billigen oder fördern.
2. sich in den multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen in Genf und New York für eine weitere Anhebung der für Kinder relevanten menschenrechtlichen Standards einzusetzen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Mobilisierung der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, ein politisches Klima zu erzeugen, das den Mißbrauch von Kindern in bewaffneten Konflikten verhindert.
3. die durch die ehemalige Bundesregierung erfolgte Unterstützung des Büros des VN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten, Olara Otunnu, das ausschließlich durch freiwillige Spenden der Mitgliedstaaten finanziert wird, weiterzuführen.
4. sich in den Verhandlungen zu einem fakultativen Zusatzprotokoll zum Internationalen Übereinkommen über die Rechte des Kindes („VN-Kinderkonvention“) betreffend Kinder in bewaffneten Konflikten für eine Schutzaltersgrenze von 18 Jahren für eine Teilnahme an bewaffneten Konflikten einzusetzen und für diese Position auch in den USA und in Pakistan zu werben, die eine Schutzaltersgrenze von 18 Jahren ablehnen.
5. in der Entwicklungszusammenarbeit verstärkt darauf zu achten, daß Maßnahmen zur Demobilisierung und Resozialisierung von Kindersoldaten gefördert werden. Kindersoldaten leiden neben körperlichen Folgeschäden (Behinderungen etc.) auch unter seelischen Schäden, wie Angst und Panikattacken, Alpträumen, ausgeprägten Scham- und Schuldgefühlen und schwer depressiven Zuständen mit suizidalen Tendenzen. Viele sind drogenabhängig und werden zu „Straßenkindern“. Wiedereingliederungsprojekte müssen deshalb auf die spezifische Situation von Kindersoldaten zugeschnitten sein. Die Therapie von kriegstraumatisierten Kindern muß die kulturellen Werte und Traditionen der Menschen des betreffenden Landes berücksichtigen und die lokale Bevölkerung bei der Erarbeitung, Einsetzung und Überwachung solcher Programme miteinbeziehen.

6. in internationalen Gremien darauf hinzuwirken, daß in allen Friedensabkommen die Abrüstung von Kindern und Maßnahmen zu deren Reintegration in die Gesellschaft festgeschrieben werden.
7. darauf zu achten, daß Kinder in bewaffneten Konflikten bei allen internationalen Überwachungsmissionen und Berichterstattungen von seiten der Vereinten Nationen u.a. gesondert und vordringlich behandelt werden.

Bonn, den 28. Januar 1999

Erika Reinhardt
Dr. Norbert Blüm
Klaus-Jürgen Hedrich
Siegfried Helias
Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Christian Ruck
Marlies Pretzlaff
Dr. Manfred Lischewski
Rudolf Kraus
Hermann Gröhe
Norbert Geis
Dr. Heiner Geißler
Monika Brudlewsky
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion